

SVMMARVM

UNABHÄNGIGES THEMENMAGAZIN MIT AKTUELLEN BERICHTEN

Herausgegeben von den *Bayer Liberalen Nachrichten*

Wer meint, der Bundesrat sage Nein zum Rahmen-Deal, der irrt gewaltig EU-Vertrag macht A-Schweiz der Grosskonzerne noch mächtiger – Verlierer sind Helvetiens Bürger in Lohn und Miete.

21.6.2019 Klaus Stöhlker

In der Schweiz gab es bis vor vierzig Jahren keine Aussenpolitik, und der erste Schweizer „Schatten“-Aussenminister, der Thurgauer FDP-Nationalrat Ernst Mühlemann war sehr überrascht, als er feststellte, dass dies eine höchst herausfordernde und sogar angenehme Angelegenheit war.

Jetzt fliegt sogar SVP-Bundesrat Ueli Maurer immer öfter und offensichtlich begeistert zu den Regierungschefs rund um den Globus. Er, der als Bauernsekretär Karriere machte, indem er die heimische Scholle verteidigte, erhebt sich in die Lüfte der internationalen Politik, um die Anliegen der Schweiz zu verteidigen.

Nun droht diese Schweizer Illusionspolitik, wie sie auch Aussenminister Ignazio Cassis mit lateinischer Lust vertritt, an der europäischen und US-amerikanischen Realpolitik dramatisch zu scheitern.

Die EU zeigt nicht die geringste Lust, den Schweizer Forderungen entgegen zu kommen, und US-Präsident Donald Trump will von der Schweiz nur eines: den Kauf amerikanischer Kampfflugzeuge, um so die Bindung der Schweiz an die NATO, wie sie von SVP-Bundesrat Dölf Ogi eingefädelt wurde, zu vertiefen.

Wer meint, die Mehrheit der Bundesräte werde das Rahmenabkommen mit der Europäischen Union nicht unterschreiben, der irrt. Es geht jetzt nur noch darum, welche Rückzugsmöglichkeit dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund geboten wird, um sein Lamento zu rechtfertigen.

Der neu gewählte SGB-Präsident Pierre-Yves Maillard hat, wie er selber erkannt hat, den Schwarzen Peter auf dem Rücken.

Ich sehe schon die Proteste über mich hereinstürzen, denn es stimmt: Der eigentliche Verlierer dieser Entwicklung ist die Schweizer Binnenwirtschaft. Sie wird mehr denn je dem Druck ausländischer Firmen ausgesetzt sein.

Die hoch qualifizierten Schweizer Werkzeug- und Maschinenbauer sind ohnehin bereits massiv unter Druck: erneut ein sehr teurer Schweizerfranken, globaler Wettbewerbsdruck, zu wenig qualifizierter Nachwuchs. Wer nicht frühzeitig eine oder mehrere Produktionsstätten im Ausland, mindestens aber in Baden-Württemberg oder Bayern, aufgebaut

SVMMARVM

UNABHÄNGIGES THEMENMAGAZIN MIT AKTUELLEN BERICHTEN

Herausgegeben von den *Baifer Liberalen Nachrichten*

hat, steht nun in der Ecke.

Auch die Schweizer Landwirtschaft, die bei uns die Rolle der Heiligen Kuh, wie sie in Indien geschützt wird, eingenommen hat, wird einige ihrer Bastionen aufgeben müssen. Ich bin nicht sehr traurig darüber, ist sie doch viel zu teuer und vergiftet dazu noch unser Trinkwasser. Es wird Zeit, dass wir dieses Relikt aus dem 19. Jahrhundert abschaffen und den Rest als museal anerkennen.

Denn nicht nur die EU-Behörden nehmen uns in die Zange. Die demnächst 27 Mitgliedstaaten, ohne die Engländer, haben in ihrer überwiegenden Mehrheit kein Interesse mehr an „Swiss Questions“. Polen, Ungarn und Spanien nehmen viel bedeutendere Positionen ein. Wie Carl Baudenbacher es richtig beschrieben hat: Mit dem Rahmenabkommen werden wir auf die Stufe von Moldawien herab gesetzt.

Es sind unsere „Freunde“ aus den USA, die wir einst unsere Schwesternation hiessen, die mit einer Regierung Trump, wie wir sie voraussichtlich noch einige Jahre haben werden, an die Schweiz nur Forderungen haben.

Die US-Konzerne, die in der Schweiz ohnehin eine massgebliche Rolle spielen und jährlich hohe zweistellige Milliardenbeträge an Dividenden und anderen Gutschriften fast steuerfrei in die eigene Heimat überweisen, sind auf dem Sprung, sich mehr denn je in der Schweiz und Europa einzukaufen. Mit der jetzt geplanten Abschaffung der Inhaberaktie erfolgt ein erster Schritt, um diesen Prozess zu erleichtern.

Die grössten Konzerne der Schweiz, Nestlé, Roche, Novartis, UBS und Credit Suisse, aber auch Swiss Re und „Zürich“-Versicherungen, insgesamt einige hundert Unternehmen, rechnet man grössere KMU mit, sind längst unter ausländischer Kontrolle, sei es personell oder finanziell.

Jetzt geht es darum, wer als Erster seine Aktienmehrheit mit einem grossen Gewinnsprung an Amerikaner oder andere Ausländer verkauft. Es können auch Chinesen, Inder oder Araber sein. Thomas Schmidheiny hat dies soeben demonstriert, als er ein grosses Aktienpaket „seiner“ LafargeHolcim abstiess. Dieser Trend wird anhalten.

Wer glaubt, die Schweiz sei in diesem politischen Rahmen global handlungsfähig und eine selbständige Nation, hat zuletzt nur SVP-Versammlungen besucht oder nur Sendungen der SRG gehört.

Die Schweizer Medien, die „Weltwoche“ von Roger Köppel allen voran, wahren die Illusion, wir seien ein souveräner Staat, der sich seine Freunde in der Welt herauspicken könne. Der melancholisch gewordene SVP-Übervater Dr. Christoph Blocher weiss es besser.

Ihm fehlt es an qualifiziertem Führungspersonal für seine Volkspartei ebenso wie Petra Gössi dies beim Freisinn erfahren muss. Gerhard Pfister, CVP-Präsident, wirkt wie ein Einzelkämpfer und Christian Lévrat von der SP Schweiz ist recht still, weil er das Mitleid,

SVMMARVM

UNABHÄNGIGES THEMENMAGAZIN MIT AKTUELLEN BERICHTEN

Herausgegeben von den *Baifer Liberalen Nachrichten*

das seiner Partei entgegen gebracht wird, in einen Wahlsieg verwandeln will.

Auf jeden Fall ist die Gössi'sche FDP derzeit weit davon entfernt, das angestrebte Ziel zu erreichen, nach der SVP die zweitgrösste Schweizer Partei zu werden.

Was heisst das für die Arbeitnehmer? Der stille Arbeitsplatzabbau erfolgt über neue Gesetze (Vaterschaftsurlaub), Übergangentschädigungen für über 50jährige, ausgedehnte Krankheitsferien für Topmanager und Regierungsräte. Noch sind die Geldtöpfe voll, um derlei zu finanzieren, dies ganz nach dem Motto „Wer noch arbeitet, ist selber schuld.“

Vor uns baut sich aber eine Sturmwand auf aus Steuer-Erhöhungen, sprunghaft steigenden Krankenkassengebühren, höheren Verkehrsgebühren und anderen Abgaben. Wer sich jetzt noch reich fühlt, muss ins Ausland zügel, um dies geniessen zu können.

Kein Politiker warnt uns vor diesen realen Entwicklungen, denn der 20. Oktober steht vor der Tür, wo man wieder gewählt werden will. Das Volk, so ist zu vermuten, wird diesen aber den Rücken zukehren und vor allem Grünliberal wählen. Wem dies zu marktwirtschaftlich ist, bleibt bei den Grünen.

Was dürfen wir davon erwarten?

Eigentlich nichts, denn jedes Rezept der Grünen und Grünliberalen bedeutet vor allem eines: höhere Kosten für den Mittelstand. Dazu eine gesamtwirtschaftliche Verschlechterung unserer Position im globalen Wettbewerb.

Tut mir leid, wir sitzen in der Falle. Einige Sprinter werden dies gut überleben, aber die Mehrheit muss zahlen. Mit Cash oder durch Verschuldung oder Konsumverzicht.

IN\$IDE PARADEPLATZ

FINANZNEWS AUS ZÜRICH